

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Der Geist der Zuchthausvorlage ruht nicht.

Die Arbeitgeber-Zeitung, das Organ der Scharfmacher par excellence, bringt in einer ihrer letzten Nummern wieder einmal ein Elaborat, in welchem die berufenen Köpfe der Regierung scharf gemacht werden gegen die soziale Gefahr, die — frei nach der Arbeitgeber-Zeitung — immer drohender ihr Haupt erhebt, immer rücksichtsloser vorbrängt, mit immer größerer Verwegenheit auftritt. In der Einleitung des Artikels schmiedet der Schreiber desselben seinen getrennen Lesern zunächst etwas Nationalstolz-brei ums Maul und weist darauf hin, daß kürzlich der nationale Festtag der Deutschen, der Sedanstag, wieder-gekehrt ist, an welchem die Deutschen — natürlich nur die Arbeitgeber — ein einiges Deutschland erkämpft haben, und was dergleichen Phrasen mehr sind. Mit tönenden Worten wird dann auf den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Deutschlands hingewiesen, der selbstredend auch wieder einzig und allein den Arbeitgebern zu verdanken, aber, man höre und staune, gehemmt ist durch die soziale Gefahr, gehemmt ist durch die fortschreitende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die beschleibt und untergräbt, was die Helden jener großen Tage mit ihrem Blut erstritten haben, und die eine gemeinschaftliche Abwehr notwendig macht! Einige weitere markante Stellen des Gehartikels lauten wie folgt: „Wo ist die deutsche Entschlossenheit, das frische, rücksichtslose (!) Vorwärtsgen, wenn man will, das gesunde Draufgängertum geblieben, das gebändig und geleitet von dem Titanenwillen des einzigen Kanzlers den äußeren Feind so machtvoll niederwarf? Ist darum ein einiges Deutschland erkämpft, eine Verfassung errichtet, der Nation das kostbare Geschenk des allgemeinen Wahlrechts gegeben worden, damit eine Horde eigennütziger oder verblendeter Agitatoren mit diesen wertvollen Gütern ein schändbares Spiel treibt? Leider ist es dahin gekommen, daß die Arbeitgeber nicht allein Deutschlands, sondern fast der ganzen Welt in einem ihnen frivol aufgedrängten Kriegszustand leben und sich wohl oder übel die Frage vorlegen müssen, ob es ihnen noch gelingen wird, dem heimtückischen Feind ein Sedan zu bereiten. Dieser Krieg, der heute auf sozial-wirtschaftlichem Gebiet geführt wird, ist tausendmal schlimmer als der Kampf mit den Waffen in offener Feldschlacht.“ Köstlich geradezu klingt folgender Satz: „Jahrzehntelang haben die Arbeitgeber stillgehalten. Sie haben sich angreifen, verwunden, schlagen lassen, immer in dem Bestreben, das hohe Gut des sozialen Friedens aufrecht zu erhalten. Die Gegner, geleitet und erfüllt von dem Geist rücksichtslos vorbrängender Führer, haben diese Haltung nicht ganz mit Unrecht für Schwäche genommen und sind nach jedem Angriff, auch wenn er zurückgeschlagen wurde (also doch!), mit um so größerer Verwegenheit wiedergekommen.“ Im weiteren wird auf die Resolutionen des Magdeburger Handwerkerkongresses sowie auf das Programm der neuen deutschen Mittelstandspartei hingewiesen, in welchem die Notwendigkeit betont wird, der Streikbewegung und der in ihr zum Ausdruck gebrachten Umsturzbewegung (hu, hu!) auf gefählichem Wege einen Riegel voranzukleben. Der allgemeine Innungs- und Handwerkerkongress zu Magdeburg hat einen festen Zusammenschluß aller Arbeitgeber gegenüber den terrorisierenden Machtgelüsten der sozial-demokratischen Gewerkschaften für dringend erforderlich erachtet und Resolutionen an den Reichstag und Bundesrat gerichtet, in welchen eine Ergänzung des § 153 der G.-D. dahingehend gefordert wird, daß bestraft werden soll, wer die Arbeiter öffentlich zu widerrechtlicher Einstellung der Arbeit auffordert, sowie derjenige, der durch öffentliche und geheime Kundgebungen das Publikum oder einzelne Bevölkerungskreise zur Meidung bestimmter Geschäfte auffordert; die verbündeten Regierungen werden um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs ersucht, durch den im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung bei gewerblichen Lohn- und Arbeitskämpfen die nützlichen Elemente wirksamer als bisher gegen Bedrohungen, Gewalttätigkeiten und Zwang geschützt werden, es wird Bestrafung des Kontraktbruchs gefordert, sowie das Verbot des Streikposten-

stehens. Die Berufsvereine oder Verbände sollen, falls ihnen Rechtsfähigkeit verliehen wird, zum Ersatz desjenigen Schadens herangezogen werden, der durch sie bzw. ihre Beamte oder Mitglieder anlässlich von Lohnbewegungen verursacht wird.

Wenn wir heute auf diese Auslassungen und auf das Elaborat in der Arbeitgeber-Zeitung etwas näher eingehen, so geschieht es, weil derartige Gehartikel in der kapitalistischen Presse fortgesetzt erscheinen, die anscheinend nach dem Rezept: „Semper aliquid haeret“ (Etwas bleibt immer hängen) arbeiten und denen deshalb nicht immer die ihnen gebührende Verachtung und Nichtachtung entgegengebracht werden kann.

Wer die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auch nur annähernd kennt, weiß, daß Auslassungen und blutrünstige Redensarten, wie die oben zitierten, die Tatsachen völlig auf den Kopf stellen, die Verhältnisse verdrehen und unzutreffend darstellen.

Dies ist jenen Herren jedoch durchaus gleichgültig. Der Zweck heiligt die Mittel und die Hauptsache ist und bleibt, daß die Regierungen und die Arbeitgeber scharf gemacht werden gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften, ihr ganzes Denken und Trachten geht dahin, den Arbeiterorganisationen und vor allem den Gewerkschaftsorganisationen ein auszumischen, sie in irgend einer Weise zu knebeln und im Fortschreiten zu hemmen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist den Unternehmern ja schon lange ein Dorn im Auge, schon lange trachten sie darnach, sie unschädlich zu machen. Während der flauen Geschäftszeit, wo die Gewerkschaften sich sehr zurückhielten, weil sie dabei nur verlieren, aber nichts gewinnen konnten, war für die Unternehmer verhältnismäßig wenig Anlaß vorhanden, mit den Gewerkschaften anzubinden. Nichtsdestoweniger geschah es hier und da, im allgemeinen ließ man den Gewerkschaften aber Ruhe, in der sicheren Erwartung, daß der schlechte Geschäftsgang sie lahmlegen und ihre Kräfte nach und nach erschöpfen würde. Diese Hoffnung hat sich glücklicherweise nicht erfüllt. Die Gewerkschaften haben im Gegenteil namhafte Fortschritte gemacht und stehen den Unternehmern als eine Macht gegenüber. Diesen schlägt das Gewissen, sie fühlen sich schuldig, sie wissen, daß sie sich fortwährend an den Arbeitern ver-sündigt haben und sie ahnen, daß eine Abrechnung kommen wird, kommen muß. Sie befürchten, daß ihnen die Arbeiter alles entgelten lassen, was sie, die Unternehmer, durch Lohnabzüge, Behandlung und sonstige Zumutungen an den Arbeitern gefordert haben.

So sieht der heimtückische (!) Feind aus. Deshalb Krieg bis aufs Messer, dem „frivol aufgedrängten“ Kriegszustand muß ein Ende gemacht werden! Man wärmt das schon seit einem Jahrzehnt beliebte Schlagwort von der Beruhigung der Industrie durch die Arbeiterbewegung von neuem wieder auf, um die Hege gegen jede auf bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtete Bewegung der Arbeiter zu bemänteln und zu begründen.

Mit wieviel größerem Recht können die Arbeiter von einer Beruhigung ihrer Verhältnisse durch die Unternehmer sprechen. Wir erinnern nur an die großen Ausperrungen in Hierohn, Pirmasens, Bremen, Dresden, Köln, Hannover, Regensburg, Berlin usw., wovon viele Zehntausende von Arbeitern und Hunderttausende von Personen betroffen und schwer geschädigt wurden. Wir erinnern an die Krisenjahre, wo Tausende und Abertausende ohne Gnade entlassen und arbeitslos wurden. Welcher Lohnarbeiter und Proletarier denkt nicht an die permanente Unsicherheit seiner Existenz, die eine Geißel für sein ganzes Leben bildet, denkt nicht an die Arbeits- und Verdienstlosigkeit mit all ihren Folgen? Und wenn sich dann die Arbeiter zusammenschließen, wenn sie versuchen, durch festgegliederte gewerkschaftliche Organisation der Willkür und der Macht der Unternehmer entgegenzutreten, dann sind sie ein heimtückischer Feind, der frivol einen Krieg beginnt, dann wird gezetert und getobt, geschimpft und gemurmelt, wird Polizei und Regierung um Hilfe angerufen gegen die Frechlinge,

die es gewagt haben, wider den Stachel zu löten. Und Polizei und Regierung sind zur Hilfeleistung gerne bereit. Schon lange macht sich bei den Behörden ein Eifer in der Verfolgung der Gewerkschaften geltend, welcher bei anderen Sachen besser angebracht wäre. Mit ihrem beschränkten Bürokratenverstand wittern sie überall Gesetzeswidrigkeiten und Umsturz und zahlreiche aus den niedrigsten Gründen erfolgte Verurteilungen zeugen davon, daß unsere Behörden schon jetzt ganz nach den Wünschen der Unternehmer arbeiten und ein besonderer Ruf zur Hilfe an ihre Adresse für wahr nicht notwendig ist. Man denke an die Verurteilungen, die Gewerkschaften zur Einreichung der Mitgliederlisten zu zwingen, um der Polizei die Kenntnis und Kontrolle der einzelnen Mitglieder zu ermöglichen, an das vom preussischen Kammergericht bestätigte polizeiliche Verbot, Plakate, die den Beitritt zu einer Gewerkschaft empfehlen, in Gastwirtschaften aufzuhängen, an die Verurteilungen von Gewerkschaftsvertretern wegen „Explosion“, wenn sie betreffs Lohnhöhung bei Unternehmern vermitteln, an den gerichtlichen Schutz der „schwarzen Listen“ der Unternehmer, an die Verurteilungen streifender Arbeiter zu Schadensersatz an die Unternehmer, der andererseits die Abweisung der Ansprüche ausgesperrter Arbeiter an den Unternehmer gegenübersteht, an die Verweigerung der Schankkonzession an Gewerkschaftshäuser und anderes mehr.

Aus alledem geht klar hervor, daß Polizei und Gerichte schon lange, wie auf einheitliche Anweisung von oben hin, einen Feldzug zur Verhinderung und Unterdrückung der Gewerkschaften führen, der ganz vom Geist der Zuchthausvorlage diktiert und erfüllt ist, und in dem mit aller Unzweideutigkeit die einseitige kapitalistische und arbeit-ferndliche Klassenpolitik zum Ausdruck kommt.

Dasselbe gilt von dem seitens der Unternehmer gewünschten „besseren Schutz der Arbeitswilligen“. Das Streikpostenstehen wird schon jetzt vielfach von Seiten der Polizei verboten und in den meisten Fällen durch alle möglichen Chikanen unmöglich gemacht. Macht sich gar die Erbitterung der Arbeiter gegen die ihnen in den Rücken Gefallenen in Worten Luft, so sorgen Staatsanwalt und Polizei, daß der Sünder möglichst hart bestraft wird. Die hier und da vorkommenden Ausschreitungen sind von den Führern und dem Gros der Arbeiter noch nie gut geheßen und immer verurteilt worden, sie sind aber größtenteils erkünstlich durch die Provokationen von Seiten der Unternehmer und ihrer Lieblinge, den Arbeitswilligen.

Ueber die Berechtigung von Streiks ist mit der Kapitalistenpresse nicht zu rechten, sie spintiert hierüber seit Jahren das alberne Zeug zusammen, wobei es natürlich immer nur unberechtigte, frivole, von den sozialdemokratischen Hezern und Rädeleführern angeführte Streiks gibt. Die von Seiten der Unternehmerpresse betriebene Scharfmacherei der Regierung gegen die Gewerkschaften und die Denunziationen derselben sind ein Mahnruf an die Arbeiterschaft, die Augen offen zu halten, um ihre Rechte gegen Willkür und Vergewaltigung zu wahren, sie müssen aber auch die noch Fernstehenden auf die sie bedrohenden Gefahren aufmerksam machen, ihnen zeigen, daß nur Einigkeit und festes Zusammenhalten dem Treiben jener Dunkel-männer ein Ziel setzt und sie einer besseren Zeit entgegenführt. Mit viel größerem Recht als die Unternehmer können wir zum Schluß das allbekannte Dichterwort anwenden:

Feiger Gedanken bängliches Schwanken
Wandelt kein Glend,
Macht dich nicht frei!
Allen Gewalten zum Trost sich erhalten,
Rufet die Arme
Der Götter herbei!

Herr Dr. Westphal als Scharfmacher verunglückt.

Die Unterverbandstage des „Germaniaverbandes“ deutscher Bäckermeister-Innungen sind nun für dieses Jahr vorüber und unser „allberehrt“ Scharfmacher, Herr Dr. Westphal, welcher auf den einzelnen Verbandstagen als Paradeferd vorgeführt wurde und die Aufgabe hatte, die

Wädemeister allwärts für den „Zentralarbeitsnachweis“ zu interessieren und zu gewinnen, wird froh sein, diese Lagungen hinter sich zu haben und sich in Berlin auf seinen „Vorbeeren“ wieder ausruhen zu können. Wenn es ihm auch auf den Verhandlungen ziemlich leicht gemacht wurde und er als „großes Tier“ immer nur seinen alten Speech vom Zentralarbeitsnachweis, dem er als Chef vorsteht, herumzuleiern hatte, so machte man es ihm doch auf dem Verbandstage des Zweigverbandes „Bavaria“ zu Passau nicht so gemächlich, sondern legte neben dem „Arbeitsnachweis“ auch das Thema „Streik und Boykott“ auf die Tagesordnung. Und bei diesem Punkte konnte es nicht ausbleiben, daß der Scharfmacher von Berlin mit dem maßgebenden Personen im Unterverband „Bavaria“ in Konflikt geriet. Der hierüber in den Innungsblättern erscheinende Bericht erscheint uns wichtig genug, um unseren Kollegen nicht vorenthalten zu werden. Die Innungsorgane berichten also:

„Ueber Streik und Boykott referierte Herr Schöfer-München und führte aus, daß die Gehilfenbewegungen im Wädergewerbe mit jedem Frühjahr wiederkehren. Die Gehilfenbewegungen werden von einer Zentrale, der Gewerkschaft, einseitlich geleitet. Wir in München hatten bereits 1899 einen Streik, und wenn auch nicht gelagt werden soll, daß die Vorgänge in München Vorbildlich für andere Innungen sein sollen, so lassen sich doch bei dem fast überall genäh gleichzeitlichen Vorgehen der Gewerkschaft gewisse Schlüsse ziehen. Darnach stellen die Gehilfen ihre Forderungen, man trat in Verhandlungen ein, die jedoch zu keinem Resultat führten. Es kamen die Osterfeiertage und alles war wieder ruhig, es war die Ruhe vor dem Gewitter. Dies zeigt sich aber überall. Als man alles für eingekauft erachtete, kam eine Gehilfenversammlung, von der die Gehilfen nicht mehr zur Arbeit zurückkehrten, sondern sie gingen nur mehr am Abend zum Meister und forderten denselben auf, zu unterschreiben, im anderen Falle sie nicht mehr arbeiteten. Es soll angegeben werden, daß seitens der Innung dortmal ein Versehen vorlag (Endlich, nach reichlich 5 Jahren wird es eingestanden. D. R.), aber bei uns mußte man noch garnicht, wie ein Streik aussteht. Die Arbeiter sind viel besser organisiert und haben ihre geschulte Meinung, was bei uns fehlt. In der gestrigen Vorstandsitzung ist der Arbeitsnachweis kritisiert worden, aber was zählten wir gegen die Gehilfen, und deshalb ist es auch bei uns nicht möglich, die Sache einzurichten. 1899 war für München unglücklich, 1902 gingen auch die Wege doch. Es wurde verlangt, mit dem Verbands- und den Gehilfen zu verhandeln. Wir sind demnach noch auf dem Standpunkte geblieben, mit dem Verbands- nicht zu verhandeln, dagegen mit dem Gehilfenausschuß, da § 45 unserer Statuten dies uns auferlegt. Es wurde eine Einigung mit den Gehilfen versucht und das Verhalten der Gehilfen ist auch ein besseres gewesen wie 1899. Sie verwarfen ihre Forderungen nicht minder zielbewußt, aber Behinderungen kamen nicht mehr vor. Nachdem eine Einigung nicht erzielt werden konnte, riefen die Gehilfen das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Wir sind demnach in München die zweite Innung gewesen, die nach Inkrafttreten des Gewerbegerichts-Gesetzes vom Jahre 1901 vor das Einigungsamt kam. Dieser kamen bei uns 15 und in ganz Deutschland ca. 20 Tarifverträge zum Abschluss. Viele Streiks sind dadurch vermieden worden. Als bei uns 1899 der Boykott einsetzte, war ein großer Teil des Vermögens und die Erträge der Kollegen der Gefahr ausgesetzt. Viele Meister haben in München Schwächen gezeigt, wie es eben anderwärts auch vorkommt. In den besten Stadtteilen werden die berühmtesten Plakate zu sehen, wie auch in Berlin in diesem Jahre. Kollegen in den Arbeiterrierceln konnten ihr Geschäft nicht aufrecht erhalten, und viele gab es, die anderen in den Rücken gefallen sind und weil die Kollegen nicht so jumbast waren, als man erwarten sollte. Wir haben es deshalb nicht zu bereuen, daß wir 1902 zu einem Tarif gekommen sind. Auch ist derselbe glänzend verlaufen und

weder bei Meister noch bei Gehilfen ein Anlaß gegeben zur Unzufriedenheit.

Als 1904 die Forderungen der Gehilfen kamen, haben wir sofort darüber beraten und sind zu dem Entschluß gekommen, zu verhandeln. Es kam die Meinung zum Ausdruck, daß, wenn die Tarife auch Schattenseiten hätten, die Lichtseiten diese doch überragen. Nur einem Tarifamt stand man vorläufig etwas feindselig gegenüber. Auch verstanden wir uns diesmal, neben dem Gehilfenausschuß auch mit dem Verband zu verhandeln, von dem Standpunkte ausgehend, daß auch Behörden mit Gewerkschaften und dergl. in Verbindung treten. Auch wollen wir den Gehilfen das Recht nicht bestreiten, sich zu organisieren und ihre Lage zu verbessern. Es kommt ganz darauf an, wie sie sich benehmen und ob sie anständig sind. Und trotzdem die Verhandlungen sehr ernst waren, waren die Gehilfen (Soll wohl Meister heißen? D. R.) nicht so roh wie in Berlin, und nur um unsere Haltung zu rechtfertigen, sehe ich mich veranlaßt, dies zu sagen. Bei uns hat sich der Tarif bis heute bewährt, und um der Schleuderkonkurrenz entgegenzutreten, gibt es kein besseres Mittel. Es gibt eben leider Leute, die alles aus den Gehilfen herauschinden wollen und ihre Ware doch halb verschicken.

Wie nach einer anderen Seite Tarifverträge wirken, hatten wir weiter in München Gelegenheit, zu sehen. Die Müller waren in eine Bewegung eingetreten und die Wädler wollten sich mit ihnen solidarisch erklären. Welcher Innung wäre es gelungen, die Gehilfen im Zaume zu halten, ohne einen Tarif? Das Tarifamt, dem wir erst nicht sympathisch gegenüberstanden, wirkt gut und seine Aufklärungen sind von Nutzen für beide Teile. Wir sagen uns, wir haben einen Tarif abgeschlossen und damit die moralische Verpflichtung übernommen, diesen auch zu halten. Unterverträge können nicht gemacht werden. Man tut am besten, die Gehilfen mitarbeiten zu lassen, dann sehen sie am ehesten, daß sie nicht alles gerade so machen läßt, wie sie in den Versammlungen irreden. Man liest und hört so oft, daß in München die Gehilfen jetzt auch noch nicht zufrieden sind und immer noch Versammlungen abhalten. Nichts ist begründeter als dies. Würden sie doch sonst ihre Leute verlieren. Jeder muß bis in das kleinste Detail gerüstet sein, jeder muß sein Geschäft kennen, dann kann man der Sache einen Damm entgegengehen. Weil aber kein „Stillstand“ sein wird, und für Kollegen, die noch nie einen Streik gesehen haben, die Gefahr groß ist, beantrage ich folgendes zu beschließen:

„Die Versammlung des Zweigverbandes „Bavaria“ hat unterm 6. September in Passau beschlossen, an den geschäftsführenden Vorstand des „Germania“-Verbandes das Ersuchen zu richten, eine Kommission zu ernennen, um in eingehender Weise über die Erfahrungen der letzten Streiks und Boykotts sich auszusprechen und eine Richtschnur festzulegen, nach welcher in Zukunft bei Bewegungen gehandelt werden soll!“

Herr Dr. Westphal ist der Meinung, daß man in der Sache keinen Damm aufgestellt habe, sondern den Gehilfen zu weit entgegengekommen sei. Von den Wädergehilfen Deutschlands gehörten nur 6-7 pSt. dem Verbande an. Aus diesem Grund habe man in Berlin nicht verhandelt und versucht, mit dem Gehilfenausschuß allein zu verhandeln. Er wünsche nur, daß man in München immer so zufrieden bleiben möge. In Berlin habe man mit dem Tarif andere Erfahrungen gemacht; dort habe der Tarif Differenzen und alles andere, nur nicht den Frieden gebracht. Dieser könne auch nie so klar sein, um Uneinigkeiten auszumergen, und in seiner Auslegung wurden Dinge hineingelagt, die vorher garnicht vorhanden waren. Solches sei auch bei den Kempnern in Berlin vorgekommen und die Verhältnisse im Baugewerbe könnten dort infolge des Tarifes keine guten werden. Allerdings müsse die Frage, ob die Verhältnisse in Berlin für Tarife besonders ungünstig liegen, offen gelassen werden.

Herr Schöfer-München verweist auf das Anwachsen der Streiks im Jahre 1903 trotz der wirtschaftlichen Depression. Ueberall werde darauf hingearbeitet, daß wir verschwinden müssen. Wenn da nicht die Augen aufgehen, dem sei nicht zu helfen. Daß Streiks auch an kleinen Orten in Szene gesetzt werden, das zeigt Reichenshall mit seinen 14 Meistern. Darum müßte man sich fest zusammenschließen.

Herr Schöfer betont, daß man es uns nicht gut verzeihen kann, daß wir mit dem Verband der Gehilfen auch verhandelt haben, aber in München sei es eben stärker als an anderen Plätzen. Aber bei uns wisse man auch ganz gut, daß nicht viel Unterschied ist zwischen Verbandsmitgliedern und Nichtmitgliedern, dieser Beweis sei uns schon 1904 gegeben worden. Auch zeige die Erfahrung, daß Tarifabschlüsse mit Organisierten viel besser aufrecht zu erhalten seien, als mit Unorganisierten.

Der Antrag Schöfer wird hierauf einstimmig angenommen.

So weit der Bericht, der deutlich erkennen läßt, daß man sich in Südbayern nicht so ohne weiteres damit einverstanden erklären kann, nach der von Berlin ausgehenden Parole die Gesellenforderungen um jeden Preis niederzuzumitteln zu versuchen. Die Ausführungen Schöfers haben viel Wahres an sich, wenn wir ihm auch nicht in allen Punkten beistimmen können. Um nicht als Friedensstörer beschuldigt zu werden, wollen wir uns einer Kritik darüber enthalten. Viel mehr ist uns daran gelegen, daß Herr Dr. Westphal mit seinen scharfmacherischen Plänen einmal abgeblickt ist, und wir freuen uns, daß man in der Dreißigstätt den Mut hatte, ihm zu sagen, daß sich die berechtigten Forderungen der Gesellen nicht durch herrschsüchtige Ratsschlüsse eines gelehrten Syndikus niederzwingen lassen. Dieser Herr, der sich seit seiner Anstellung vom Germaniaverband nicht einmal in die Verhältnisse unseres Berufes einzuarbeiten vermochte, riskiert schon, über die abgeschlossenen Tarifverträge im Berliner Bau- und Kemptnergewerbe ein ungünstiges Urteil zu fällen. Uns kann der Herr Doktor nur ein Lächeln abringen, wie wir auch wissen, daß der vernünftige Teil der Wädemeister seinen Neben keine Beachtung schenkt. — Von besonderer Wichtigkeit für unsere Kollegen ist das Geständnis des Obermeisters Schöfer, daß sich die Münchener Innung nur deshalb zu Unterhandlungen mit unserem Verbands herbeiließ, weil die übergroße Mehrzahl der Gesellen Mitglieder der Organisation sind. — Kollegen, zieht die Lehre daraus und werbet unausgesetzt neue Mitkämpfer! Nur durch eine starke Organisation können wir den Meistern imponieren; das hat auch halbwegs der „Syndikus des Germaniaverbandes“ zugegeben. Vielleicht kommen wir bei unseren künftigen Lohnbewegungen einmal in die angenehme Lage, mit Herrn Dr. Westphal als Vertreter des Germaniaverbandes unterhandeln zu können, das heißt, wenn er dazu von seinen Arbeitgebern für geeignet und würdig befunden wird — und bis dahin noch seinen Posten inne hat.

Aus unserem Bernse.

Die Wädierzwangsinnung und die Gehilfenkontrollkommission. Kürzlich fand in Stuttgart eine vom Gesellenausschuß einberufene allgemeine Wädergesellenversammlung statt, deren Verlauf dem Innungsführer große Sorge macht. Es wurde die „Einhaltung der Sonntagsruhe“ besprochen, wobei von allen Seiten deren Nichteinhaltung konstatiert wurde. Diesem Mißstand entgegenzutreten, wählte die Versammlung eine Kontrollkommission. Bei der Wahl derselben wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß ein Gehilfe, der bei einem Wädemeister beschäftigt ist, nicht Mitglied der Kontrollkommission sein kann, ohne Gefahr zu laufen, seine Stelle zu verlieren; deshalb wurden vier Wädergesellen der Konumbäderei, die Mitglieder des Verbandes sind, gewählt. Das ging Herrn

Ueber Ehe und Liebe.

Von Ernst Götz.

(Schluß.)

In welchem Zeitraum sich diese Umgestaltungen vollziehen werden, ist auch nur annähernd anzugeben un möglich. Wohlthätig ist es jedoch, daß sich diese Umwandlung vollziehen wird, allen rationären Betrachtungen gegenüber aber unabweisbar. Auch bei uns wird die Ehe des Fortschritts nicht kommen und einer vollständigen Gemeinmenschlichkeit Tag machen. Dann wird kein Verdrößer mehr hinter Hochhausmauern schweben, kein Vater mehr die Landkarte bewahren, kein Armer mehr Hunger und Entbehrung leiden und die emporgewachsenen, sich gehenden, frammen und höchsten Praxistiergeistes eines frühigeren, höherer, geanderten und gebildeten Menschentums weihen.

Die das entwerfende Genium zu unsterblichen Ehen und Verlobungen den Grund legt, so wird mit dem Aufbruch der kommunikativen Wissenschaften auch das Leben der Menschen im geschlechtlichen Verkehr am freilich natürlichsten, aber auch am höchsten zum Ausdrucksdruck ihrer Individualität anzureichen.

Die Ehe wird auch mit der Ehe des Geistes nicht so sein, wie die Menschen werden mit einander verbunden, weil sie sich lieben und leben sich weil dieses Gefühl nur selbst gelassen ist. Und wenn die Einigkeit zwischen dem Worte anstehen, wird keine dritte Person, weder Staat noch Individuum da sein, die die Fortführung ihres Zusammenlebens erzwingen will. Eine Quelle des Herabwärtens und der Reue wird das geschlechtliche Zusammenleben sein, aber kein Zustand unerbittlicher Zurückheit und Leid, wie es heute der Fall ist.

Was wird dann aber aus anderen Ehen? Werden sie nicht ganz vernichtet und zu Grunde gehen? Was aus dem Zerbrechen der Arme oder Schwache werden, werden die Kennzeichen als willkommener Zustand der Gesellschaft geachtet. Die für die Gebirge, die Wälder, die Berge, die Berge, angenehme Umgebung, die Menschen der Art, wie sie diesem Stadium der Kultur entsprechen, anerkennende Pflege um, so werden sie auch für das Kind alles getan, was es ihnen selbst haben möge und erhalten erscheint. Die Ehe wird nicht mehr sein, so lange als möglich und für alle Menschen. Die Ehe wird nicht mehr sein, so lange als möglich und für alle Menschen. Die Ehe wird nicht mehr sein, so lange als möglich und für alle Menschen.

härteres, körperlich und geistig normal entwickeltes Geschlecht wird herangebildet werden.

Ein Beispiel der Erziehung der Kinder durch den Staat hat die Geschichte in der Geschichte der Spartaner durch Laury. Sobald das Kind geboren war, gehörte es dem Staat. Vater und Mutter hatte es verloren. Es wurde von den Besten beaufsichtigt, wenn es stark und wohlgebildet war, Abgab man es einer Wädlerin, war es schwach und mißgefallen, so war man es in einen Abgrund an dem Berge Taygetus. — In Sparta gab es keine erotische Liebe, keine Mutterliebe, keine kindliche Liebe, keine Kennbarkeit — es gab nichts als Bürger, nichts als bürgerliche Jugend. Wenn wir auch die alten Spartaner manchen Charakterzüge wegen bewundern, nichts wird uns ferner liegen, als so eine Spartanische Erziehung anderen Kindern zu wünschen. Aller Kunstreich war aus Sparta verbannt, alle Wädlichkeiten wurden vernachlässigt, aller Handelsverkehr mit fremden Völkern verboten, alles Unnütze wurde ausgeschlossen. Dadurch wurden alle Sünden geübt, wodurch einer Nation helle Begriffe möglich wurden: in einer ewigen Gleichmäßigkeit, in einem klugen Geistes, so ließe sich der Spartanische Staat ewig nur um sich selbst bewegen.*)

Das Beispiel Sparta zeigt uns, daß die Kinder (streng gezwungenen Weile) ohne elterliche Fürsorge geliebt werden. Wie man, wenn die Eltern sich freiwillig den Kindern entziehen? Mit Recht entrüstet man sich über Halbgenossen und Rabenmütter, die lieblos ihre Kinder verderben lassen. Selbst bei den Tieren findet man rührende Beweise von Elternliebe. Nun, die Vaterliebe ist heute sehr fragwürdig bei der Geburt der Säuglinge, sie beruht nicht nur auf der Einbildung oder Eitelkeit und wächst nur durch die freien Umgang mit dem Kinde. Den Hunderttausenden zehntelnden Kindern ist die Vaterliebe überhaupt etwas unbekanntes. Wenn also an Stelle des Vaters der Staat tritt, viellecht einmal treten sollte, so ist das kein großes Übel. Die Mutterliebe wendet sich besonders den Kleinsten zu und verliert an Stärke, wenn die Kinder größer und ihrer Fürsorge entbehren können. Werfen nicht auch die Väter ihre Säuglinge aus dem Nest, wenn sie fähig sind? Und der Mutter soll im „Zufunftsstaat“ das Gleiche ganz gehören. Uebrigens, wer behauptet denn, daß im „Zufunftsstaate“ die Liebe zu den Kindern verboten sein soll?

Wenn wir die Frauen des Morgenlandes nur verhüllt an der Straße sehen, so mag das in der Evidenz der Männer ihren Grund haben: Sie müssen sich verhüllen, gehen sie aus dem Hause, um nicht das Gesichte eines anderen Mannes zu erwecken. Wir belächeln uns, weniger

weil es das Klima erfordert (sonst könnten wir doch bei großer Hitze nackt gehen), sondern weil es die Sitte gebietet. Wie alle Zustände, Gesetze und Anschauungen heute ins Wanken geraten und neuen Platz machen, so auch die Ansichten über Sittlichkeit und Sitlichkeit.

Wenn auch die Heizenmänner eifrig am Werke sind und alle Kunst unter die Polizeigewalt stellen wollen, so hindert das doch nicht, daß die Kunst frohlich weiter geht. Unsere ersten Künstler z. B. Max Klinger, treten dafür ein, daß mit den alten Vorurteilen aufgeräumt werden muß und die Darstellung nackter Körper nicht gegen das ästhetische Gefühl verstößt. Bodenknecht verachtet den Körper und das Gewand einer Frau mit der Form und dem Inhalte seiner Gedichte und singt:

Wie das Gewand um Deine Glieder,
Schlingt sich der Reim um meine Lieder;
Schön mögen des Gewandes Falten sein,
Doch schöner muß, was sie enthalten, sein!

Die Art, wie die Frau sich kleidet, ist weit mehr, als man gewöhnlich annimmt und zwar bis in unsere Tage, ein Zeichen ihrer Abhängigkeit und Unselbstigkeit. Die Art der Frauenkleidung bei den meisten Völkern bis in die heutige Zeit macht die Frau unbehilflich, sie zwingt ihr das Gefühl der Schwäche auf und macht sie feig, was schließlich in ihrer Haltung und in ihrem Charakter zum Ausdruck kommt. Die Gewohnheit der Spartaner, die Mädchen bis ins mannbare Alter nackt gehen zu lassen — ein Zustand, den das Klima des Landes erlaubte. — trug nach der Meinung eines alten Schriftstellers wesentlich dazu bei, ihnen Geschmeid für Einfachheit und Sorgfalt für äußerlichen Anstand beizubringen und hatte nach den Anschauungen jener Zeit durchaus nichts die Schamhaftigkeit der Verlebens- oder Wollust Erregendes. Das Kleid der dorischen Frau kostete leicht und frei auf der Schulter, es ließ die Arme frei und die Schenkel bloß, es ist das Kleid, das Diana trägt, die frei und kühn in unseren Museen dargestellt ist.

Der Körperzustand des einen Geschlechts und seine besonderen Organe dürfen dem anderen kein Geheimnis sein. Natur ist Natur, ein Geschlecht freue sich an den Schönheiten des anderen. Nur Natur und zum natürlichen Verkehr der Geschlechter muß die Menschheit zurückkehren, sie muß die jetzt herrschenden ungesund, spirituellen Anschauungen über den Menschen von sich werfen, indem sie Erziehungsmethoden schafft, die unserem Kulturstandpunkt entsprechen und eine physische und geistige Regeneration herbeiführen.*)

*) Das habe ich, wie in dem ganzen Artikel „Hegel's Armut“ gesagt, wie es mir bis dahin erschien. D. Verf.

*) Schiller.

*) Nach Bebel.

Käbber dem doch zu weit. In Nr. 42 der „Wädertg.“ Organ des „Württembergischen Bäckerinnungsverbandes“ erließ der Innungsvorstand — gezeichnet D. S. Söhner, Innungsfreier — eine Erklärung, in der die Bäckermeister aufgefordert werden, den Mitgliedern der Kontrollkommission auf keinen Fall den Zutritt in die Bäckerei zu gestatten, ja eventuell gegen dieselben Anzeige wegen Hausfriedensbruchs zu erstatten, da die Kommission nur aus Vertretern der hiesigen Konsumbäckerei bestehe. Ferner werden die Bäckermeister aufgefordert, an jedem Eingang in die Bäckerei eine Bekanntmachung anzubringen, welche das unbecräftigte Betreten derselben aufs strengste untersagt. Mit diesem Verhalten des Innungsvorstandes ist die vielgerühmte Fürsorge für die Gehülfen gerichtet. Wozu denn das alles? Werden die gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und haben die Herren ein sauberes Bruststück, so ist eine solche Erregung und Aufforderung an die Bäckermeister unangebracht. Aber da hapert es eben. Nun der Innungsvorstand durch diese Aufforderung sich selbst mit der Tatsache abfindet, daß allgemein diese Bestimmungen nur auf dem Papier steht, hätte er mehr Ehre eingelegt, wenn er seine Mitglieder ersucht hätte, in ihren Betrieben darauf hinzuwirken, daß die Sonntagsruhe voll und ganz eingehalten wird. — Wie notwendig eine solche Kommission ist, beweist die kurze Tätigkeit derselben. In dem größten Teil der kontrollierten Bäckereien wurde nach 8 Uhr noch gearbeitet, nach 9 Uhr noch Brot ausgetragen. Da aber das Brot ausstragen hauptsächlich durch Lehrlinge geschieht, die durch die bundesrätliche Verordnung im ersten Jahre eine zehn-, im zweiten eine elfstündige Arbeitszeit haben, so ist es nicht anzuschließen, daß neben einem Vergleichen gegen die Sonntagsruhe die Bäckermeister sich noch eines Vergehens gegen die bundesrätliche Verordnung vom 4. März 1896 schuldig machen. Hier nachzusehen, ist Pflicht der Aufsichtsorgane. Gewerbeinspektion und Polizeibehörde müssen einander unterstützen. Bedauerlich ist nur, daß die Schulleute, die von der Kommission auf die ungesetzmäßigen Vorkommnisse aufmerksam gemacht wurden, behaupten, daß sie darüber nicht instruiert seien. Wenn bis jetzt in dieser Hinsicht von Seiten der Aufsichtsbehörde nichts geschehen ist, die Bäckermeister der Kontrollkommission aber alle möglichen Hindernisse in den Weg legen, erwarten die Gehülfen nunmehr, daß das Verbot nachgeholt wird, und die Schuldiogen unachtsamlich bestraft werden, im Interesse und zum Schutz der Gehülfen.

In Konstanz wurden einige Bäckergehülfen gemäßregelt, weil sie dem Verbanne beigetreten waren. Nicht allein die Meister sind Gegner, sondern auch die Mitglieder des Vergnügungsvereins der Bäckergehülfen zeigen sich teilweise als Gegner des Verbannes. So kam es vor, daß ein an der Spitze dieses Vereins stehender Gehülfe eine Eingabe an die Bäckermeister-Genossenschaft machte, in der er u. a. verlangte, „daß alle Bäckergehülfen, die sich dem Verbanne angeschlossen haben, entlassen werden sollen.“ Als die Meister dann diese Eingabe in einer Versammlung besprachen, ging natürlich die Schlichtererei der Verbannungsmitglieder los. Der Bäckermeister Wandel konnte nicht umhin, seinen Gehülfen dieserhalb zu kündigen. Ein anderer dieser Herren, Hartmann, glaubte sein Herz dadurch zu erleichtern, daß er über die Führer der Organisation schimpfte. So meinte er auch, er würde den Strolch aus Freiburg, der zu einer Versammlung als Referent kam, erschießen, wenn er nicht fürchte, ins Buchthaus zu kommen. — Ketze Selben, diese Konstanzer Bäckermeister!

Ueber die Regelung der Bäckermeister wird uns auch von einem Verbannungsmitglied aus Straßburg Mitteilung gemacht. Betreffender Kollege schreibt, daß er neun Wochen in der Wienerbäckerei des Herrn Nothe arbeitete und krank wurde. Nach überstandener Krankheit meldete sich der Kollege bei Nothe, bei dem zwei Stellen zu besetzen waren, wieder zur Arbeit. Er wurde aber von demselben vor die Alternative gestellt, entweder der Gehülfenorganisation den Rücken zu kehren oder auf die Stelle zu verzichten. Auf Befragen gab Herr Nothe zu, daß er dem Kollegen in der Arbeit durchaus nichts nachgeben könne, aber nur nicht haben wolle, daß er in einem — sozialdemokratischen Verbanne sei. Unser Kollege, der von seinen Mitarbeitern beim Meister verraten wurde, zog es vor, auf die Stelle zu verzichten.

Konferenz des Gauess Sachsen und Thüringen am 16. Oktober 1904 in Weissenfels.

Kahl heißt die Delegierten herzlich willkommen und hofft, daß die Arbeit der Gaukonferenz gegenständig wirken möge.

- Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:
1. Vorstands- und Klassenbericht;
 2. Unsere bisherigen und zukünftigen Lohnbewegungen (Referent: Allmann);
 3. Der Stand des Tarifabschlusses in unserem Gau (Referent: Kahl);
 4. Die Ergebnisse der Gewerbeinspektionen im Gau Sachsen und Thüringen (Referent: Neumann);
 5. Anträge von Mitgliedern und Mitgliedschaften.
- Die Wahl des Büreaus ergibt Kahl-Dresden, 1. Vor.; Freitag-Leipzig, 2. Vor.; Neumann-Weissenfels, Schriftführer.

Genosse Schmidt begrüßt die Delegierten namens des Gewerkschaftsstatistik und der Parteiorganisation von Weissenfels.

Der Vorschlag, eine viergliedrige Mandatsprüfungs-kommission zu wählen, wird akzeptiert. Derselbe berichtet dann, daß 18 Delegierte anwesend und genügend legitimiert sind; außerdem je ein Vertreter des Gau- und Hauptvorstandes.

Den Vorstands- und Klassenbericht gibt Kollege Kahl-Dresden. Im Großen und Ganzen könne man mit den Erfolgen im Gau zufrieden sein. Die großen Städte hätten großartige Fortschritte zu erzielen. So seien in Dresden z. B. 398 Neuaufnahmen im letzten Jahre zu verzeichnen. Durch die Unternehmenseinrichtungen im Verbanne seien die Verhältnisse stabiler geworden. Tatsächliche Fehler würden oft gemacht von Kollegen, welche zum Zwecke der Agitation in die Städte gelangt würden. An solchen Städten sei dann schwer zu arbeiten und Erfolge zu erzielen. Verschiedene Mitgliedschaften haben auch erfolgreich in Nachbarstädten organisiert. Thüringen sei noch schlecht organisiert. Die Konsumbäcker müßten mehr wie bisher ihre Pflicht tun und seien Bezirksversammlungen zu empfehlen. Im Berichtsjahre seien 116 Referenten in Versammlungen gelangt worden. Im Gau waren 1903 709 Mitglieder, dagegen 1904 954 Mitglieder vorhanden. Die Lehrlingsbücherei sei nach wie vor in bester Blüte. Lohnbewegungen sind offiziell nicht zu verzeichnen. An einzelnen Privatbetrieben und Konsumvereinen seien Lohn-

bewegungen stets von Erfolg gewesen. Die Klassen- und Buchführung sei besser geworden als im vorhergehenden Jahre. Es sei aber auch noch nach dieser Richtung hin viel zu verbessern.

Zum Klassenbericht übergehend bemerkt Kahl, daß mit den Geldern sehr sparjam umgegangen worden sei. Die Einnahmen betragen 4132.40 M., die Ausgaben 4128.66 M., so daß ein Bestand von 3.74 M. verbleib. Kahl schließt seine Ausführungen mit den Worten: Wir haben getan, was wir tun konnten; wenn Sie kritisieren, dann üben Sie eine gerechte Kritik.

Der Antrag Blauen: „Bei Einfstellungen in den Konsumvereins-Bäckereien hat sich der Haupt- bzw. Gauvorstand wegen Vorschläge mit dem Bevollmächtigten der nächstliegenden Mitgliedschaft in Verbindung zu setzen“ sowie der Antrag Postler: „Die Gaukonferenz wolle beschließen, eine Broschüre in kleinem Format oder ein Flugblatt herauszugeben, das die Anfangsgründe der Organisation in klarer Weise den Kollegen vorführt zur Agitation unter den indifferenten Kollegen“ werden mit zur Diskussion gestellt.

Zum Geschäftsbericht spricht zunächst Allmann: Der Bericht sei erfreulich und stelle dem Gauleiter ein gutes Zeugnis aus. Allerdings sei noch viel zu verbessern; da bedürfe es der Arbeit aller Kollegen. Vor allem sei ihm der besondere Auftrag vom Hauptvorstand geworden, den Kollegen in den Konsumbäckereien anbeizustellen, mehr als bisher zu agitieren. So wie jetzt kann es auf keinen Fall weitergehen. Statt tüchtig zu arbeiten, lege man nur zu oft den seitenden Personen Steine in den Weg; ja es kämen Sachen vor, welche an Gemeinheit grenzen. Wendert sich dies nicht, so wird sich der nächste Verbandstag eingehend mit diesen Dingen zu beschäftigen haben. Der Verband ist stark genug, um solche Kollegen abzuschütteln. Daß etwas zu leisten geht, beweist Weissenfels, wo man beobachtet kann, daß nach einem bestimmten Plan gearbeitet wird. Solche Sachen, wie sie mit Langensena vorgekommen, hat Kahl mit Recht scharf verurteilt. Das Streben, immer Referenten vom Gau- und Hauptvorstand zu erhalten, sei falsch. In jedem Orte gäbe es in anderen Berufen tüchtige Redner und könnten diese herangezogen werden. Das Verhalten von Blauen in der Referentenfrage sei nicht zu billigen. Den vorliegenden Antrag Postler empfehle er, dem Gauvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Den Antrag Blauen bittet er abzulehnen.

Zum Bericht sprechen jetzt sämtliche Delegierte. Postler-Crimmichau: In der Konsumvereinsbäckerei „Eintracht“ sei ein Lehrling eingestellt worden. Dies ist auf keinen Fall zu billigen. Wenn die Saison in der Textilbranche vorüber sei, wird man nicht den Lehrling, sondern einen Verheirateten entlassen. Die Stellungnahme Friedmanns in dieser Angelegenheit ist unverständlich.

Allmann nimmt Friedmann in Schutz und verurteilt die Handlungsweise des Konsumvereins Eintracht. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und die beiden Anträge werden durch Ueberweisung erledigt.

In seinem Schlusswort stellt Kahl gegen Jörß und Nödigler verschiedene richtig.

Der Gaukommission wird hierauf einstimmig Decharge erteilt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhält das Wort Allmann: Die Kämpfe werden sich in Zukunft immer mehr zuspitzen. Der Berliner Lohnkampf war die Feuerprobe der Organisation. Sachlich lasse sich gegen die Forderungen von Seiten der Arbeitgeber nicht ankämpfen. In der gemeinten Art und Weise wird gegen unsere berechtigten Forderungen vorgegangen. Der Boykott wird mit aller Schärfe eingesetzt. Nur durch Herstellung konfessionellen Brates wird unser Kampf Erfolg haben. Die Kosten werden bei Streiks in Zukunft für die Organisation bedeutende sein. Arbeitswillige zu erhalten wird schwer fallen. Der Zentralarbeitsnachweis der Innungen ist nur dem Namen nach vorhanden. Die Extrabeiträge von 1 M. würden nur schweren Herzens ausgeschrieben. Große Kämpfe erfordern große Mittel. Unverständlich sei, wenn alle Kollegen sich weigern, diesen Extrabeitrag zu leisten, je in verschiedenen Konsumbäckereien und in Frankfurt a. M. Bei alten erwachsenen Kollegen darf dies nicht vorkommen und ist dies für junge Kollegen nicht vorbildlich. Die Befreiung des Reis- und Logisbüchens und der Nacharbeit erfordert noch viel Arbeit. Eingehend bespricht Redner nunmehr das Verhältnis zwischen den vergangenen und zukünftigen Streiks, streift dabei die jetzigen Klassenverhältnisse, gibt einige lakonische Winke und schließt damit, daß es Pflicht jedes Verbandes sei, die Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, was uns in Zukunft bevorsteht, damit nicht getagt werden kann, man sei überrascht worden. (Lebhafter Beifall.)

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Kollege Kahl erhält nunmehr zu Punkt 3 das Wort: Die Konsumbäcker haben ihre ganze Zeit dazu benutzt, mehr ihre persönlichen Interessen wahrzunehmen. Mit den Gewerkschaften sei leidlich anzukommen gewesen, wenn auch Allmann in Süddeutschland schlechte Erfahrungen gemacht habe. Eine ganze Reihe von Kollegen hätten sich sehr rüchrisch erwiesen. So hätten zum Beispiel Halle, Trotha und Giebichenstein bewiesen, daß es den Kollegen nicht um soziale Fortschritte, sondern nur um viel Geld verdienen zu tun ist und sie am liebsten wieder die siebentägige Arbeitswoche einführen möchten. (Hört, hört!) Jedenfalls haben viele gezeigt, daß bei ihnen sehr wenig Solidaritätsgefühl vorhanden ist. Unwiderstehlich stehe fest, daß der Tarif Vor- teile gebracht habe.

Reubert-Leipzig: Kahl geht entschieden zu weit, wenn er den Kollegen, welche gegen den Tarif waren, das Solidaritätsgefühl abspreche.

Reichner-Halle versteht nicht, wie Reubert gegen die Ausführungen Kahl sein könne. Es sei gut, wenn, wie in Halle, nicht mehr 20—30 Ueberstunden gemacht werden könnten.

Neumann-Weissenfels: Der Tarif ist schon deshalb zu begrüßen, weil er den Armen unter den Konsumbäckern geholfen habe. Nur der Mangel an Idealismus hat Opposition aufkommen lassen. Der Prozent-zuschlag sei nicht gerecht, aber da nichts Besseres vorhanden, muß er akzeptiert werden.

Allmann führt aus, daß sich beim besten Willen vorläufig nichts Besseres da finden lassen und müßten noch Erfahrungen gesammelt werden.

Weissenfels-Dresden: Die Opposition sei dadurch entstanden, daß der Konsumverein Vorwärts bereits höhere Lohnsätze garantiert durch den Tarif aber wieder rück-

gängig gemacht habe. Die Dresdener hätten sonst keine Opposition getrieben, sondern die Leipziger.

Eine Polemik zwischen Dresden und Leipzig, durch lebhafteste Zwischenrufe gewürzt, wobei jeder Teil als engelrein sich hinzustellen versucht, endigt derart, daß man überhaupt keinen Engel unter beiden findet. Unausgesprochen werden beiden mißerbende Umstände bewilligt. Sämtliche nächstfolgende Redner sprechen im Sinne Kahl's.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung referiert Koll. Neumann. Die Nichtbeantwortung der Einladung der Gewerbeinspektion zur heutigen Konferenz sei charakteristisch. Wenn man den Inspektionsberichten das Motto: „Der Bürokrat tut seine Pflicht, soweit er muß, mehr tut er nicht!“ vorangeseht hätte, so würde man schon vor dem Nachschlagen in diesen Berichten wissen, was man zu erwarten hat. Aus den Berichten geht zur Genüge hervor, daß man die Aufsicht der Bäckereien immer mehr den Polizeibehörden überläßt. Gleichzeitig müsse aber konstatiert werden, daß da, wo eine kräftige Organisation bestünde, die Gewerbeinspektionsberichte schon etwas besser berieten, als da, wo wir noch keinen festen Fuß gefaßt haben. Turmhoch stehen die Berichte aus den Bezirken von Leipzig, Dresden und Chemnitz gegenüber denen von Merseburg und Erfurt. In einigen kleinen Herrgotts-betern von Thüringen scheinen nach den Berichten überhaupt keine Bäckereien zu bestehen. Die Forderung, Sachleute zu den Revisionen heranzuziehen, muß energisch vertreten werden. Nach dem Rezept der Agrarier muß verfahren werden: Schreiben und immer wieder schreiben, bis endlich mal Wandel geschaffen wird.

Folgende Resolution findet einstimmige Annahme: „Die am 16. Oktober tagende Gaukonferenz der Bäcker von Sachsen und Thüringen nimmt nach Anhören des Referats über die Ergebnisse der Gewerbeinspektion mit Bedauern Kenntnis von der ungenügenden Revision der Bäckereibetriebe. Die Mißstände im Verufe in Bezug auf sanitäre und technische Einrichtungen lassen eine verschärfte und vermehrte Kontrolle seitens der Gewerbeinspektion unbedingt notwendig erscheinen. Die vermehrte Kontrolle ist im Interesse der konsumierenden Bevölkerung sowie der dort beschäftigten Arbeiter ohne weiteres nachdrücklich zu verlangen. Die Revision darf auf keinen Fall den Polizeibehörden übertragen werden, sondern muß unter Einziehung praktisch tätiger Sachleute durch die Gewerbeinspektion zur Ausführung gelangen.“

Hierauf wird zur Beratung der eingelaufenen Anträge geschritten. Der Antrag Leipzig, der nächsten Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, daß sämtliche Delegationskosten zur Gaukonferenz die Hauptkasse zu tragen hat, wird, nachdem Allmann den Antrag indirekt belämpft hat, abgelehnt.

Der Antrag Meuselwitz, die Anträge zur Gaukonferenz den Mitgliedschaften zur Vorberatung zuzusenden, wird angenommen.

Ein weiterer Antrag Meuselwitz, die Zeitung des Gauess bei der Generalversammlung zu beantragen, wird abgelehnt.

Fleischig-Stubbsdorf, welcher nach einjähriger Mitgliedschaft Krankengeldzuschuß haben will, zieht den dahingehenden Antrag zurück.

Die Anträge, den Sitz von Dresden nach Leipzig zu verlegen, werden angenommen. Dadurch sind die anderen Anträge gefallen.

Die Wahl des Gauvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Kahl, Vor., Erdmann Müller, Freitag, Teubert, Kirch, sämtlich in Leipzig.

Die Ueberfiedelung nach der Stätte seiner früheren Wirksamkeit wird am 1. November 1904 erfolgen.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Kahl und einem begeistert ausgeprochenen Hoch auf die deutsche Bäckerbewegung wurde die Konferenz nach achttündiger, ununterbrochener Tagung geschlossen. o-n.

Gerichtliches.

Vor der Strafkammer in Düsseldorf hatte sich am 10. Oktober der Kollege Kahl in g wegen Beleidigung des Herrn Protfabrikanten Scherhag durch ein während des Streiks in den dortigen Protfabriken in 43 000 Exemplaren herausgegebenes Flugblatt zu verantworten. Herr Scherhag behauptete, daß er durch das Flugblatt schwer geschädigt worden sei. Von den sechs Zeugen des Kollegen Kahl wurden nur zwei vernommen. Die Verhandlung sollte ein gutes Stück des ganzen Kampfes wieder auf, obgleich das Gericht dies möglichst zu vermeiden suchte. Aus dem Wenigen ging jedoch deutlich hervor, daß das Verhalten der Herren Protfabrikanten gegenüber ihren Arbeitern empörend war. Auch auf das Gericht schienen die Zeugenausagen diesen Eindruck zu machen. Der Staatsanwalt bezeichnet einige Stellen des Flugblattes als schwer beleidigend. Der Kernpunkt des ganzen Kampfes sei die Forderung gewesen, daß man durch den Arbeitsnachweis nur organisierte Bäcker in den Protfabriken habe dulden wollen. Um dem Publikum die Sache schmackhafter zu machen, habe man die Behauptung berechtigter Interessen vorgebracht und zu diesem Zwecke die Mißstände angeführt. Der Angeklagte habe nicht flüchtig, wie man denn in Zukunft solche Mißstände vermeiden wolle. Mißerbende Umstände seien nicht zuzubilligen, denn der Angeklagte mache keineswegs den Eindruck, als ob er sich der Schwere der Beleidigung nicht bewußt gewesen sei. § 187 des Strafgesetzes könne wohl nicht in Betracht kommen, da die Behauptung wesentlich falscher Anschuldigungen nicht bewiesen sei. Es kommen deshalb nur noch die §§ 185 und 186 in Betracht. Auf Grund deren er gegen den Angeklagten einen Monat Gefängnis beantrage. Zu seiner Verteidigung führte Kollege Kahl an, man könne die Fassung des Flugblattes erst dann begründlich finden, wenn man die Ursachen des Kampfes in betracht ziehe und da sei zweifellos erwiesen, daß die Herren Protfabrikanten denselben verschuldet haben. Wenn ein Kampf erst ausgebrochen sei, dann werde stets auf beiden Seiten mit den schärfsten Waffen gekämpft, das beweise auch ein Artikel, der in der Westdeutschen Gewerbezeitung über Boykott enthalten sei und der ziemlich dieselben Ausdrücke enthalte, wie das von ihm geschriebene Flugblatt. Die Auffassung des Herrn Staatsanwaltes, daß der Arbeitsnachweis der Kernpunkt sei, sei nicht richtig, denn die Forderung habe den Protfabrikanten noch lange nicht das Recht zu solcher rüchrischer Entlassung der Arbeiter gegeben. Kahl nimmt die Wahrung berechtigter Interessen für sich in Anspruch, er halte es für unmöglich, daß das Gericht dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechen werde. Das Gericht erkannte auf 10 Tage Gefängnis. Auf eine Geldstrafe habe man Rücksicht auf die Erregung, die das Flugblatt hervorgerufen habe, nicht erkannt werden können. Dem

